

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49323

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

EBERHARD NAUJOKS

EIN JAHRZEHNT FORSCHUNG ÜBER BISMARCKS  
PRESSEPOLITIK

I. Die älteren Zeugnisse

Mit der Bilanz über eine Vielzahl abgeschlossener oder noch ungedruckter – meist Tübinger – Arbeiten wollen wir die Fortschritte der Wissenschaft auf dem Gebiet der Bismarckschen Pressepolitik unter bestimmten Gesichtspunkten darstellen. Es handelt sich nicht um eine Sammelrezension, sondern um den Versuch, den sachlichen und methodischen Gewinn verschiedener Studien über Organisation und Funktion der Presse im Rahmen der Bismarckschen Gesamtpolitik herauszuarbeiten. Da manche Leser noch von älteren Bildern und Vorstellungen über eine begrenzte Wirksamkeit des Reichsgründers in der Tagespresse bestimmt sein dürften, soll vor Augen geführt werden, wieweit die Beteiligung Bismarcks bzw. seiner Mitarbeiter auf dem Gebiet der offiziellen oder offiziellen Publizistik entdeckt wurde und welche Einsichten die eingehende Untersuchung der einschlägigen Presseakten und Korrespondenzen vermittelt hat.

Nachdem Publizistik und Geschichtswissenschaft bis zur Zeit vor bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg verhältnismäßig wenig aktenmäßige Einsicht in die Vorgänge der Pressepolitik gewonnen hatten, konnte seit den 60er Jahren ein wesentlich reicheres Bild der publizistischen Einwirkung Bismarcks und seiner Leute gezeichnet werden. Es charakterisierte die bis dahin bestehende Unsicherheit über das Ausmaß dieser streng geheimen Wirksamkeit Bismarcks, daß man sich noch bis zur Mitte des Jahrhunderts darüber streiten konnte, ob Bismarck im Auswärtigen Amt ein »Pressebüro« unterhalten habe oder nicht.<sup>1</sup>

Wenn wir den Anteil der letzten 15 Jahre an der Erforschung der Bismarckschen Pressepolitik im Folgenden akzentuieren, so soll damit nicht bestritten werden, daß die ersten Bemühungen um dieses vieldiskutierte Geheimnis der publizistischen Arbeit des Reichsgründers schon zu dessen Amtszeit in Gang gekommen sind.<sup>2</sup> Solange jedoch die Amtsverschwiegenheit von den Beteiligten gewahrt wurde und die Presseakten sekretiert blieben, konnte man sich in der

---

<sup>1</sup> W. VOGEL, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches, in: Zeitungswissenschaft, 16. Jg. H. 8/9, Berlin 1941.

<sup>2</sup> H. WUTTCKE, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung, Leipzig 1866, 3. Aufl. Leipzig 1875; J. DUBOC, Die politische Tagespresse in Deutschland, in: Im neuen Reich II (1872), 1. Bd., S. 41/58; J. E. JOERG, Die norddeutsche Presse, in: Historisch-Politische Blätter, Bd. 70 (1872), S. 336 ff. u. 446 ff.; REUTER, Nationalliberale Partei, nationalliberale Presse und höheres Gentlemanthum, Berlin 1876. Von den parlamentarischen Interpellationen und der Kritik der Tageszeitungen wollen wir hier absehen.

Fachwissenschaft und in der Öffentlichkeit ernsthaft darüber streiten, ob Bismarcks Dementis<sup>3</sup> über die offiziöse Presse zu vertrauen sei oder ob er nicht doch insgeheim die Regierungspresse inspiriert und Artikel für die Presse diktiert habe. Vor allem konnte man sich vom Ausmaß seiner täglichen publizistischen Wirksamkeit keine klaren Vorstellungen machen, obwohl das einzigartige und unmittelbarste Zeugnis derselben bis heute, die »Tagebuchblätter« von Moritz Busch, des »Leibjournalisten« des Fürsten, seit 1898 in englischer und seit 1899 in deutscher Sprache vorlag.<sup>4</sup> Bis zu einem gewissen Grad ist die Geschichtswissenschaft den stenographischen Nachschriften Buschs gegenüber von Skepsis erfüllt geblieben, zumal manche allzu persönlichen Äußerungen im Text dieses Memoirenwerkes die Glaubwürdigkeit des getreuen Dieners seines Herrn in Frage stellten. Als Otto Groth im Jahre 1929 im zweiten Band seines großen Werkes über die Zeitung<sup>5</sup> die Probleme von Bismarcks Pressepolitik eingehend behandelte, konnte er sich zwar auch auf zahlreiche weitere Memoirenwerke<sup>6</sup> und gedruckte Zeugnisse,<sup>7</sup> aber noch nicht auf die Auswertung der behördlichen Presseakten stützen. Was in den Amtszimmern der Ministerien und in den Redaktionen regierungsfreundlicher Zeitungen geschehen war, war bisher nur schlaglichtartig durch zufällige Äußerungen der Beteiligten beleuchtet worden.

Da eine volle Gewißheit über eine laufende gouvernementale Einwirkung auf die Tageszeitung nicht erreicht wurde, war nicht einmal über den Arbeitsgang und die Verbindung des Literarischen Büros, der offiziellen Pressezentrale, noch des sog. Pressedezernats im Auswärtigen Amt Gewißheit und Anschauung zu erlangen.<sup>8</sup> Lange schwankte man noch, ob man der polemischen Schrift von Heinrich Wuttke »Die deutschen Zeitschriften und die öffentliche Meinung« aus dem Jahre 1866 bzw. 1875 oder Moritz Buschs Tagebuchblättern Glauben schenken solle.

Erst als im Jahre 1931 durch die Ablieferung des preußischen Staatsministeriums an die Archive wenigstens ein Teil der ministeriellen Presseakten der Forschung zugänglich wurden, konnte Irmgard Loeber ihre fast ausschließlich auf ungedruckte Materialien aufgebaute Untersuchung: »Bismarcks Pressepolitik in den Jahren des preußischen Verfassungskonflikts (1862–1866)«<sup>9</sup> als Dissertation vorlegen. Da zur gleichen Zeit die aufschlußreiche Studie von Kurt

<sup>3</sup> Als besonders vielsagendes Beispiel: Bismarcks Rede vom 9. 2. 1876 über die offiziöse Presse, Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages 1875/76 II, S. 1327/34, auch: Otto von BISMARCK, Gesammelte Werke XI, S. 425/37.

<sup>4</sup> M. BUSCH, Bismarck. Some secret pages of his history, 3 vols., London 1898; ders., Tagebuchblätter, 3 Bde., Leipzig 1899.

<sup>5</sup> O. GROTH, Die Zeitung, Bd. II, 1929, Kap. 27, S. 179/217.

<sup>6</sup> Ebd. S. 193 passim, z. B. M. BUSCH, Tagebuchblätter; TIRPITZ, Der Aufbau der deutschen Weltmacht; H. ROBOLSKY, O. HAMMEN, Zur Vorgeschichte des Weltkriegs, Hr. ABEKEN, J. M. v. RADOWITZ, O. NIRRNEHEIM, J. BOEHMER, Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, u. a.

<sup>7</sup> Ebd. S. 181 ff.

<sup>8</sup> Vgl. E. NAUJOKS, Bismarck und die Organisation der Regierungspresse, in: Historische Zeitschrift, Bd. 205 (1967), S. 72, Anm. 64.

<sup>9</sup> I. LOEBER, Bismarcks Pressepolitik in den Jahren des Verfassungskonflikts (1862–1866), Zeitung und Leben XXIV, München 1935.

Wappler<sup>10</sup> über die amtlichen preußischen Pressestellen der vorausgehenden Zeit seit 1848 erschienen war, hatte die pressepolitische Forschung einen festen, aktenmäßigen Ausgangspunkt gewonnen.

Es kam eigenen Vorhaben zugute, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zu Beginn der 60er Jahre die Dissertation von Frau Irene Fischer-Frauendienst über Bismarcks Pressepolitik<sup>11</sup> erschien. Die Verfasserin hatte den bisherigen Kenntnisstand klar und übersichtlich zusammengefaßt und die verschiedenen Tätigkeitsbereiche von Bismarcks publizistischer Wirksamkeit transparent gemacht. Aus dem Nachlaß Goldschmidts und dem Politischen Archiv konnte sie einzelne interessante Dokumente verwerten und im Anhang publizieren. Dennoch dominierte in dieser Arbeit noch das Schrifttum aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg; die Tagebuchblätter Moritz Buschs stellten in vieler Beziehung die wichtigste Quellengrundlage dar.

## II. Der Neuansatz zur Erforschung von Bismarcks Pressepolitik im Zeitalter der Reichsgründung

Angesichts der fast 30jährigen Amtszeit Bismarcks war zunächst zu fragen, ob er später nicht seine Methoden gegenüber der Presse unter den gewandelten politischen Verhältnisse der Zeit nach 1866 geändert hatte? Es galt daher an die Arbeit von Irmgard Loeber über den preußischen Verfassungskonflikt anzuknüpfen und auch eigene Aktenstudien aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg in der Registratur des Preußischen Staatsministeriums und im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem zu einer eigenen Studie »Bismarck und die Organisation der Regierungspresse«<sup>12</sup> zu verwerten. Hierbei konnte die wesentliche Metamorphose der Presseorganisation Bismarcks seit 1867 und erst recht seit 1875 nach der Krieg-in-Sicht-Krise herausgearbeitet werden. Der politische Stellenwert der wichtigsten amtlichen und offiziellen Organe und deren Funktion im Dienst der Regierung wurde präzisiert und die pressepolitische Rivalität zwischen Auswärtigem Amt und Innenministerium bis zur politischen Entmachtung des Literarischen Büros erkannt. Wolfgang Sailes Untersuchungen über Hermann Wagener und Bismarck<sup>13</sup> hatten inzwischen eine wertvolle Ergänzung auch auf diesem Gebiet der preußisch-konservativen Innenpolitik gebracht. Als Gesamtergebnis ergab sich, daß Bismarck seit der Krieg-in-Sicht-Krise viele offiziöse Publizisten im Dienst des Auswärtigen Amtes entließ und auch den amtlichen Presseapparat im Innenministerium zum größten Teile auflöste. Wir werden noch darzustellen haben, wie er sich dennoch – auch ohne Pressebüro – die persönliche Einwirkung auf die Presse sicherte.

Durch die Auswertung der 1959 von Oxford nach Bonn überführten Akten des Politischen Archivs der Wilhelmstraße ergab sich die Chance, im Hinblick

<sup>10</sup> K. WAPPLER, *Regierung und Presse in Preußen, Geschichte der amtlichen preußischen Pressestellen 1848–1862*, Diss. Leipzig 1935.

<sup>11</sup> I. FISCHER-FRAUENDIENST, *Bismarcks Pressepolitik*, Münster 1962.

<sup>12</sup> E. NAUJOKS, *Bismarck und die Organisation der Regierungspresse* (s. Anm. 8).

<sup>13</sup> W. SAILE, *Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck*, Tübingen 1958 (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 9).

auf die bevorstehende hundertjährige Wiederkehr der Reichsgründung auch die Frage nach der damals von Bismarck im Dienst der Einigung betriebenen auswärtigen Pressepolitik<sup>14</sup> in einer umfassenden Darstellung zu beantworten. Mit Hilfe der Aktenreihen über die Einwirkung auf die Presse des Auslands im Interesse Preußens und das Verhältnis des Auswärtigen Amts zu den heimischen Zeitungen, vor allem aber durch Auswertung von Band 6 bis 6 b der Gesammelten Werke und der gesandtschaftlichen Berichterstattung aus den europäischen Staaten wurde ein geschlossenes Bild von Bismarcks Einflußnahme auf die Zeitungen im Dienst der Reichsgründung vermittelt. Es wurde veranschaulicht, wie die preußische Diplomatie und ihre Agenten, vor allem in Paris, in Mittel- und Süddeutschland, in Wien, Pest, Florenz, Rom, London, Brüssel und nicht zuletzt Petersburg und Moskau mit den dortigen Journalisten Kontakt aufnahmen. Es blieb freilich stets ein Problem, wieweit die einzelnen ausländischen Redaktionen Entgegenkommen zeigten und welche finanziellen Mittel für die Inspiration von fremden Journalen und Zeitschriften ausgegeben wurden. Wir können jetzt genau verfolgen, wie die preußischen Offiziösen in Mittel- und Süddeutschland, vor allem in Leipzig und Dresden, in München, Augsburg, in Stuttgart und in Karlsruhe mit den liberalen Organen Kontakt aufnahmen und von den süddeutschen Residenzen aus weitere Korrespondenzverbindungen zu anderen meist nationalliberalen Organen herstellten. Besondere Schwerpunkte solcher pressepolitischer Einwirkung bildeten die Verbindung zur »Süddeutschen Presse« von Julius Froebel in München unter dem Ministerium des Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst und die Subventionierung der »Revue Contemporaine« des Vicomte Alphonse de Calonne in Paris. Wir können auf die Vielzahl weiterer meist nur vorübergehender journalistischer Anknüpfungen nicht eingehen.

Es hatte sich hierbei als ergiebig erwiesen, vor allem die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts seit Beginn der 60er Jahre wieder zugänglichen Presseakten systematisch zu durchforsten. Angesichts der Finanzierungsmethoden für die offiziöse Presse war es umso wichtiger, Aufklärung über den Welfenfond und seine etwaige Benutzung als Pressefond zu gewinnen. Der glückliche »Zufall« kam zu Hilfe, da Hans Philippi<sup>15</sup> seine wegweisenden Arbeiten über diese Frage und über die Beziehungen König Ludwigs II. von Bayern zum Geheimfond publiziert hatte. Allerdings war »nur« das Ausmaß der jährlichen Revenuen aus dem Welfenfond und deren Verteilung auf Auswärtiges Amt, Innenministerium und Kriegsministerium für die Zeit seit 1868 bis 1891 auszumachen. Die für die eigenen Forschungen ausschlaggebende Frage blieb ungeklärt, wieweit diese Jahressummen für Presse Zwecke und andere geheime politische Aufgaben von den genannten preußischen Ministerien verausgabt worden waren. Umso

<sup>14</sup> Vgl. K. G. FABER, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866–1871. Eine politische Bibliographie, hg. v. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2 Bde., Düsseldorf 1963; ergänzt durch: E. NAUJOKS, Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865–1871), Wiesbaden 1968.

<sup>15</sup> H. PHILIPPI, Zur Geschichte des Welfenfonds, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte XXXI (1959), S. 190–254.

empfindlicher erwies sich der Umstand, daß die jährlichen Inventarverzeichnisse der Welfenfondakten die Notiz enthielten, daß alle Belege über Einzelzahlungen nach Vorlage beim König bzw. beim Kaiser regelmäßig vernichtet wurden. Es läßt sich feststellen, daß die Registraturbeamten hierbei nur allzu gründlich gearbeitet haben. Umso wertvoller war ein Zufallsfund im Jahrgang 1868/69 der Welfenfondakten, da fünf Blätter mit der langen Liste der Adressaten von Subventionen erhalten geblieben waren. Es war jetzt möglich, auch die Höhe der bisher seit 1868 und der bis zum Krieg von 1870/71 aus dem Welfenfond bezahlten Summen zu erschließen und diesen Zufallsfund im Rahmen eines Aufsatzes: »Eine Abrechnung aus dem Welfenfond« zu publizieren. Wir können damit wenigstens belegen, in welchem Maße und mit welchen Kräften Bismarck in diesem Jahr der Reichsgründung Mittel des Welfenfonds für journalistische und geheimdienstliche Zwecke verwandt hat.<sup>16</sup> Weitere Akten über Erlasse an die Legationskasse und Spezialberichte von aus dem Welfenfond subventionierten Publizisten sind auch unserem Buch: »Die auswärtige Pressepolitik Bismarcks und die Reichsgründung (1865/71)« zugute gekommen und haben wenigstens nach dem Totalverlust aller Belege der Legationskasse im Bombenkrieg eine gewisse Vorstellung vom finanziellen Fundament der offiziellen Pressepolitik Berlins vermittelt.

Exemplarische Bedeutung für die Wirksamkeit preußischer Agenten hatte die Tätigkeit des preußischen Konsuls Dr. Bamberg in Paris erhalten, wohin auch ein Großteil der Zahlungen aus dem Welfenfond ging.<sup>17</sup> Kaum weniger wichtig erwies sich freilich der Federkrieg mit der österreichischen Presse, die unter der geschickten Leitung Ferdinands von Beust nicht nur in Wien, sondern auch in Budapest, in Paris, London und Brüssel und vor allem in Süd- und Mitteldeutschland bis nach Leipzig und Hannover dem preußischen Einfluß entgegentrat.

Methodisch blieb es unerläßlich, die Beobachtungen der preußischen Diplomaten und Agenten über diese publizistische Gegenwirkung zu kontrollieren, da manche Schilderungen der österreichischen Presse und ihrer antipreußischen Kampagnen sich zumindest als übertrieben herausstellten. Der Dissertation von Barbara Krebs: »Die westeuropäische Pressepolitik der Ära Beust«<sup>18</sup> kam zunächst die Aufgabe zu, die Beobachtung von preußischer Seite durch Einsicht in die Wiener Presseakten zu kontrollieren. Das war bisher nur für Süd- und Mitteldeutschland durchgeführt worden. Vor allem ging es darum, zu prüfen, wieweit Reichskanzler Beust in Frankreich, Belgien und England – durch Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel – publizistisch gegen die Berliner Politik gearbeitet hatte.

<sup>16</sup> E. NAUJOKS, Eine Abrechnung über den Welfenfond (1. April–31. Dezember 1869) in: Publizistik XIV (1969).

<sup>17</sup> Ebd. unter A »fortlaufende Zahlungen« aus dem Welfenfond sind für das ganze Jahr 1869 48 000 Francs vermerkt. Das übertrifft bei weitem die Summen, die für die ungarische Presse an Graf O. Bethlen gezahlt wurden.

<sup>18</sup> B. KREBS, Die westeuropäische Pressepolitik der Ära Beust (1865–1871), Göppingen 1970 (Göppinger Akademische Beiträge Nr. 5).

Noch wertvoller, vielleicht sogar unentbehrlich erwies sich eine Untersuchung über die offiziöse Pressepolitik des Zweiten Kaiserreichs in Paris, in den wichtigsten europäischen Hauptstädten und speziell in Süddeutschland. Wilfried Radewahn<sup>19</sup> sah sich jedoch bei seinen Recherchen in den Pariser Archiven – ähnlich wie vor ihm Malettke<sup>20</sup> – unerwarteten Schwierigkeiten gegenüber. Obwohl die Berichte des preußischen Gesandten Goltz bzw. des österreichischen Botschafters und Rivalen in Paris Metternich auf die lebhaft publizistische Aktivität Napoleons und seiner Minister hindeuteten und von beträchtlichen Subventionen der französischen Presse zu berichten wußten, erwies es sich als unmöglich, aussagekräftige Direktiven oder gar Zahlungsanweisungen an französische oder ausländische Journalisten in den Pariser Archivalien zu finden. Es war zwar nicht schwer, in den Akten die Organisation der Pariser Pressedirektion, die Namen der Sachbearbeiter für die inländische und ausländische Presse zu eruieren und zahlreiche Berichte für diese Pressezentrale über eigene und fremde Zeitungen zu lesen. Ein Aufsatz einer französischen archivalischen Zeitschrift bestätigte jedoch, daß alle – belastenden – Pressedirektiven und Akten über Subventionen – wahrscheinlich nach dem Zusammenbruch des Zweiten Kaiserreiches – von den Beamten rechtzeitig vernichtet worden waren. Da sich die von preußischer und österreichischer Seite registrierte Einwirkung der französischen Regierung auf die hauptstädtischen und ausländischen Journale nicht belegen ließ, mußte Radewahn darauf verzichten, die Pressepolitik Napoleons III. im Hinblick auf die kleindeutsche Reichsgründung aus den Archivalien des Quai d'Orsay zu rekonstruieren.

Dagegen ergaben die Akten der Pariser Polizei und die dortigen Dossiers Aufschlüsse über die Beziehungen von Regierungsseite zu den hauptstädtischen Zeitungen. Darüber hinaus galt es mit Hilfe einer reichen Literatur den politischen Ort der Pariser Zeitungen und deren jeweilige Stellungnahme zu den einzelnen Phasen der Reichsgründung von 1865–71 nach Prüfung von ca. 20 000 Zeitungsexemplaren Schritt für Schritt zu eruieren. Nur für die relativ kurze Zeit des deutsch-französischen Krieges konnte Radewahn auch Akten über die französische Pressepolitik bis zur Schlacht von Sedan heranziehen. Diese Materialien waren offenbar allein der Vernichtung entgangen.<sup>21</sup>

Von eigener Bedeutung war die Entdeckung von Akten über die Welfenpresse in Paris und Wien und deren Verbindungen zu innerdeutschen Zeitungen. Durch Auswertung der ursprünglich in Gmunden, jetzt in Hannover lagernden Papiere konnten gewisse Verbindungen zwischen den Exil-Hannoveranern wie Platen oder Meding und französischen amtlichen Stellen bzw. innerdeutschen Zeitungen sichtbar gemacht werden. Durch solche Funde wurde die Auffassung der preußischen Diplomaten bestätigt, daß Napoleon nicht mit süddeutschen Organen unmittelbar Verbindung aufnahm, sondern lieber über diese welfischen

<sup>19</sup> W. RADEWAHN, *Die Pariser Presse und die deutsche Frage, unter Berücksichtigung der französischen Pressepolitik im Zeitalter der Bismarckschen Reichsgründung (1866–1870/71)*, Frankfurt 1977 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 87).

<sup>20</sup> K. MALETTKE, *Die Beurteilung der Außen- und Innenpolitik Bismarcks von 1862–1866 in den großen Pariser Zeitungen*, Lübeck/Hamburg 1966.

<sup>21</sup> W. RADEWAHN, S. 438–480 u. 481–529.

Journale und indirekt auf die öffentliche Meinung Deutschlands Einfluß zu nehmen suchte. In mancher Hinsicht wurden dadurch die Beobachtungen der preußischen Missionen im Ausland und einzelner Agenten bestätigt oder korrigiert. Schon die bisher vorliegenden oben angeführten Arbeiten ergeben das Bild eines oft lebhaften geheimen Federkrieges, der von den verschiedenen Pressestellen der europäischen Hauptstädte, also von Berlin, Paris, Wien, aber auch in Karlsruhe, Stuttgart und München u. a. gesteuert wurde. Wieweit auf dem Wege der publizistischen Einzelforschung noch weiterer Erkenntniszuwachs gewonnen werden kann, muß abgewartet werden.

Schließlich soll nicht vergessen werden, daß die Arbeiten von Barbara Krebs<sup>22</sup> und Wilfried Radewahn<sup>23</sup> für die Erforschung der französischen Presselenkung in der Julikrise 1870 beachtenswerte Ergebnisse erzielt und die Einwirkungen von kaiserlicher und ministerieller Seite wie auch die Zeitungsstimmen der Kriegsgegner in Paris schärfer präzisiert haben.

### III. Studien zur inneren Pressepolitik der 70er Jahre

Aus den Schlußpartien der genannten Arbeiten ergab sich, daß seit Kriegsende 1871 die Intensität der preußischen Presseeinwirkung auf die ausländischen Zeitungen nachließ, da Bismarck nur noch einzelne Journalisten und Korrespondenten in mittel- und süddeutschen Städten unterstützte.<sup>24</sup> Umso mehr ist es zu bedauern, daß Bismarcks innerdeutsche Pressepolitik bzw. die publizistische Arbeit des Berliner Innenministeriums noch nicht zum Gegenstand einer umfassenden Untersuchung gemacht werden konnten. Wieweit die noch erhaltenen Presseakten in Merseburg und Potsdam<sup>25</sup> über die Arbeit des Literarischen Büros, über die Verwendung des Welfenfonds und die sog. »Reptilienpresse« Aufschluß geben können, ist noch ungewiß. Bisher hat nur Manfred Overesch in seiner vielbeachteten Dissertation: »Presse zwischen Lenkung und Freiheit«<sup>26</sup> am Beispiel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung die pressepolitische Rolle von Bismarcks Leitblatt für die Zeit von 1861/62 bis 1872 näher untersucht. Hierbei fiel nicht nur Licht auf die älteren Versuche der preußischen Regierung seit 1848, eine brauchbare offiziöse Zeitung zu schaffen, sondern vor allem auf die Beziehungen Bismarcks zur Redaktion der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Es wird am Beispiel des hier publizierten Vertragstextes von 1872 klargelegt, wieweit Bismarck unter August Braß bzw. Emil Pindter über dieses Blatt verfügte. Geradezu alarmierend war die Entdeckung Overeschs, daß der spätere Chefredakteur Pindter in den Jahren 1866/67 als österreichischer Geheimagent Zutritt zur preußischen offiziösen Presse fand und zahlreiche Geheimberichte

<sup>22</sup> B. KREBS, S. 182/85.

<sup>23</sup> W. RADEWAHN, S. 402–437.

<sup>24</sup> E. NAUJOKS, Rudolf Lindau und die Neuorientierung der auswärtigen Pressepolitik Bismarcks (1871/78), in: *Historische Zs.* 215 (1972) S. 302–306.

<sup>25</sup> Nach Angaben von M. Overesch sind nicht alle in den alten Findbüchern in Merseburg bzw. Potsdam verzeichneten Akten erhalten.

<sup>26</sup> M. OVERESCH, *Presse zwischen Lenkung und Freiheit. Preußen und seine offiziöse Zeitung von der Revolution bis zur Reichsgründung (1848–1871/72)*, Pullach bei München 1974 (*Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung*, Bd. 19).

nach Wien weitergegeben hatte. Die subtile Auswertung des Pindter-Tagebuchs für diese Zeit der 60er Jahre hatte hier ein besonders delikates Ergebnis gezeitigt.<sup>27</sup> Wieweit der Kampf um Pressefreiheit im neuen Reich und die Verabschiedung des Reichspressegesetzes vom Mai 1874<sup>28</sup> eine echte Wende der inneren Pressepolitik des Reichsgründers gebracht hat, ist schon deshalb nicht sicher auszumachen, weil die Arbeiten an den entsprechenden Partien des Strafgesetzbuchs in den 70er Jahren ihren Fortgang nahmen.<sup>29</sup> Aus den Verhandlungen des preußischen Staatsministeriums mit den deutschen Bundesregierungen und den Beratungen des deutschen Reichstags bzw. des preußischen Abgeordnetenhauses ergab sich, daß sich die Reichsregierung seit 1871 nur im Einzelfall zu schärferem Vorgehen gegen die oppositionelle Presse entschloß und durch diese Zurückhaltung ein günstiges Klima für das Zustandekommen des Pressegesetzes zu schaffen wünschte. Bei den Erörterungen der Parlamente wurde von den Parteien nicht nur das offiziöse Pressewesen scharf attackiert, sondern die Grundsatzfrage immer wieder zur Diskussion gestellt, wieweit volle Pressefreiheit zu gewähren sei bzw. ob auf die Wünsche der Regierungen hinsichtlich der Sicherung der staatlichen Ordnung stärker Rücksicht genommen werden müsse.<sup>30</sup>

Die Dissertation von Wolfgang Wetzel<sup>31</sup> hat die Linien der Presseinnenpolitik der Berliner Regierung seit 1874 bis 1890 herausgearbeitet und damit die Betrachtungen über das Reichspressegesetz von 1874 fortgesetzt. Es war jetzt möglich, die praktische Bedeutung dieser umstrittenen legislatorischen Leistung im Kulturkampf und in der Zeit des Sozialistengesetzes zu kontrollieren und zu zeigen, in welchem Maße trotz der zum Teil gewährten Pressefreiheit mit Hilfe der Paragraphen des Strafgesetzbuchs bzw. des Sozialistengesetzes die oppositionellen Zeitungen unterdrückt, schikaniert oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt wurden. Bisher waren schon seitens der betroffenen Parteien wie des Zentrums und der Sozialdemokratie die Schwierigkeiten und Leiden der oppositionellen Redaktionen eingehend geschildert worden.<sup>32</sup> Wetzel hat nicht nur durch eingehende Untersuchungen und Statistiken die bisher vorliegenden Einzeldaten zusammengefaßt und bestätigt, sondern auch am Beispiel der Verfolgung einzelner Zeitungen wie der Frankfurter Zeitung im Jahre 1874/75<sup>33</sup> oder bei anderen symptomatischen Vorfällen<sup>34</sup> dargetan, wie hart und wie oft Bismarck persönlich gegen unerwünschte Zeitungen durch Strafanträge und gerichtliche Untersuchungen vorging. Gleichzeitig ist jedoch aus Wetzels Dar-

<sup>27</sup> Ebd. S. 127–134.

<sup>28</sup> E. NAUJOKS, Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74), Düsseldorf 1975 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 58).

<sup>29</sup> Ebd. S. 194–200.

<sup>30</sup> Ebd. S. 181–190 u. S. 190–194.

<sup>31</sup> H.-W. WETZEL, Presseinnenpolitik im Bismarckreich (1874–1890). Das Problem der Repression oppositioneller Zeitungen, Frankfurt 1975 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 57).

<sup>32</sup> Ebd. S. 143–149.

<sup>33</sup> Ebd. S. 150–155 »Das Zeugnisverfahren gegen die Frankfurter Zeitung«.

<sup>34</sup> Ebd. »Die polnische Presse und der Fall Kantecki«, S. 137–142.

legungen zu ersehen, daß die harte Praxis des preußischen Obrigkeitsstaats zwar dem Geist des Reichspressegesetzes oft zuwiderlief,<sup>35</sup> aber im verbleibenden Rest der rechtsstaatlichen Ordnung auch gewisse Grenzen fand. Erst durch das Sozialistengesetz von 1878 wurden Teile der deutschen Presse, vor allem die sozialistische, unter Ausnahmegesetz gestellt.<sup>36</sup> Wieweit diese Sonderbehandlung auf die generelle Handhabung der Pressefreiheit für Zeitungen anderer politischer Parteien von Bedeutung wurde, wäre noch zu untersuchen. Man kann sonst von zeitweiser Einengung und behördlichen Schikanen der Presse, nicht aber von der vollständigen Beseitigung der Pressefreiheit sprechen.<sup>37</sup>

So zahlreich die zeitungswissenschaftlichen Studien über die Presse in den verschiedenen Teilen Deutschlands und deren Stellungnahme zur Reichsgründung, zum Kulturkampf und zu außenpolitischen Vorgängen sind,<sup>38</sup> so selten finden wir Arbeiten über Bismarcks Pressepolitik bis 1890. Nur die Krieg-in-Sicht-Krise des Frühjahrs 1875 macht hierin eine Ausnahme. Die Alarmierung der europäischen und deutschen Öffentlichkeit über einen angeblich bevorstehenden Krieg mit Frankreich hatte schon seit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg gezielte pressepolitische Untersuchungen provoziert. Schon Heinrich Wuttcke verdankte der Entdeckung von Bismarcks Pressekampagne gegen Frankreich reichen Stoff für eine erneute ›Entlarvung‹ von Bismarcks offiziöser Einwirkung auf die öffentliche Meinung.<sup>39</sup> Aber erst durch Wilhelm Mommsen wurde im Jahre 1926 der Anteil Aegidis, des Pressedezernenten Bismarcks, an der befohlenen Zeitungskampagne durch einen glücklichen Fund im Archiv der Kölnischen Zeitung klargestellt.<sup>40</sup> Weitere Arbeiten haben das Bild der Einwirkungen des Auswärtigen Amtes auf die sog. »Regierungspresse« abgerundet.<sup>41</sup>

Trotz der Klärung einzelner Sachverhalte fehlt noch eine Darlegung über die gesamte Einwirkung Bismarcks und der preußischen Regierung auf die deutsche

<sup>35</sup> Ebd. S. 295–297.

<sup>36</sup> Ebd. S. 185–198 passim.

<sup>37</sup> Ebd. S. 296.

<sup>38</sup> H.-J. REIBER, *Die katholische Tagespresse unter dem Einfluß des Kulturkampfes*, Görlitz 1930; G.-E. RITTER, *Die elsass-lothringische Presse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts*, phil. Diss. Straßburg 1933; L. MÜLLER, *Der Kampf zwischen politischem Katholizismus und Bismarcks Politik im Spiegel der Schlesischen Volkszeitung. Ein Beitrag zur schlesischen Kirchen-, Parteien- und Zeitungsgeschichte*. Breslau 1929 (Breslauer Studien zur historischen Theologie, Bd. XIV); W. KULEMANN, *Die Sozialdemokratie und deren Bekämpfung. Eine Studie zur Reform des Sozialistengesetzes*, Berlin 1890; F. APITZSCH, *Die deutsche Tagespresse unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes*, Leipzig 1928. *Das Wesen der Zeitung*, hg. v. E. EVERTH, Bd. 1, 1; s. E. NAUJOKS, *Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung*, S. 21, Anm. 24 und 25.

<sup>39</sup> H. WUTTCKE, *Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung*, 3. Aufl., Leipzig 1875.

<sup>40</sup> Vgl. O. GROTH, *Die Zeitung* II, 205; E. NAUJOKS, *Bismarck und die Organisation der Regierungspresse*, S. 71.

<sup>41</sup> E. NAUJOKS, *Bismarck und die Organisation der Regierungspresse*, S. 71 ff. DERS., *Rudolf Lindau und die Neuorientierung der auswärtigen Pressepolitik Bismarcks (1871–78)*, in: *Historische Zs.* 215 (1972); M. WINCKLER, *Der Ausbruch der Krieg-in-Sicht-Krise vom Frühjahr 1875*, in: *Zeitschrift für Ostforschung*, 14 (1965).

Presse und die vielfältigen Inhalte der innerdeutschen publizistischen Auseinandersetzungen. Eine Darlegung der Subventionsverhältnisse der offiziellen Presse und des gesamten Korrespondentennetzes genügt hier nicht. Seit dem Erscheinen des Buchs von Fritz Stern: »Gold und Eisen«<sup>42</sup> wäre auch zu berücksichtigen, wieweit von Bleichröder bzw. von Bismarck über seinen Finanzmann Einflüsse auf die Berliner Börsenorgane und Wirtschaftszeitungen ausgegangen sind.

Gleichfalls zu den noch ungeklärten publizistischen bzw. pressepolitischen Aufgaben der Bismarckzeit gehört die offiziöse Einwirkung des Reichskanzlers auf die Zeitungen vor den Wahlen und die Darstellung der publizistischen Wahlkämpfe überhaupt. Der Auswertung von bisher nicht veröffentlichten Briefen Bismarcks, seines Sohnes und Rantzaus verdanken wir die Möglichkeit, die Wirksamkeit des Reichsgründers bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1879 und zum deutschen Reichstag im Sommer 1881<sup>43</sup> bis ins Detail kennenzulernen. Es wird vor allem ersichtlich, in welchem Ausmaß Bismarck bei solchen Anlässen nicht nur Artikel, Entwürfe und Direktiven an die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die Berliner Post und die Kölnische Zeitung übermitteln ließ, sondern sogar ihm ergebene höhere Beamte zur Repression oppositioneller Zeitungen einsetzte.<sup>44</sup> Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, durch entsprechende Auswertung der Nachlässe von Parlamentariern und der betreffenden Jahrgänge der jeweils maßgebenden politischen Tageszeitungen, den Themenkreis der Wahlkämpfe und deren publizistische Vorbereitung als Maßstab für eine Bewertung der inneren und äußeren Politik des Reichs zu untersuchen.

#### IV. Neuorientierung von Bismarcks auswärtiger Pressepolitik im Zeichen der Einflußnahme auf französische Journale seit 1871

Wir wissen bereits, daß in den außenpolitisch ruhigeren Jahren nach dem deutsch-französischen Krieg von Berlin aus keine zusammenhängende auswärtige Pressepolitik in größerem Maßstab versucht wurde, vor allem nicht in der Geschlossenheit, wie sie seit 1865 bis 1871 im Dienste der Reichsgründung auch außenpolitische Bedeutung erlangte. Infolge der Vernichtung aller Zahlungsbelege der Legationskasse des Auswärtigen Amtes und der entsprechenden Unterlagen aus dem Welfenfond wird ein gezieltes Urteil für die 70er Jahre ungemein erschwert. Nur die Pressebeziehungen des Reichs zu Frankreich machen hierbei eine interessante Ausnahme. Aus dem Schriftwechsel zwischen der Wilhelmstraße und der deutschen Botschaft in Paris können wir ersehen, auf welchen Wegen und mit welchem finanziellen Aufwand unter Harry von

<sup>42</sup> Fritz STERN, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Berlin 1978 (amerikanische Originalausgabe: Gold and iron) New York 1977.

<sup>43</sup> E. NAUJOKS, Bismarck in den Wahlkampagnen von 1879 und 1881. Der Zusammenhang von innerer und auswärtiger Pressepolitik, in: Historia Integra, Festschrift für Erich Hassinger zum 70. Geburtstag, hg. v. H. FENSKE, W. REINHARD u. E. SCHULIN, Berlin 1977, S. 25–81.

<sup>44</sup> Ebd. S. 270 f.

Arnim und von Hohenlohe-Schillingsfürst auf die französische Presse und von dort mittelbar auch auf Londoner Zeitungen eingewirkt wurde. Die Aufgabe einer sorgfältigen und regelmäßigen Beobachtung der westeuropäischen Journale und eine verborgene Einflußnahme auf französische Blätter erschien der deutschen Diplomatie und vor allem Bismarck selbst wichtig genug, um Rudolf Lindau,<sup>45</sup> – wenn auch formell unter anderem Titel – als ersten Presseattaché der Pariser Botschaft beizugeben. Der Bruder des bekannten Schriftstellers Paul Lindau war ein Außenseiter, aber ein vorzüglicher Kenner Frankreichs und entfaltete vor allem unter Hohenlohe eine exemplarische Wirksamkeit für die deutsche Botschaft.

Durch die ungemein sorgfältig gearbeiteten Presseberichte mit detaillierten Informationen wurden Bismarck überraschende Aufschlüsse über den politischen Ort der Pariser Journale und der französischen Provinzzeitungen gewährt und vor allem die personellen Verbindungen zur Regierung, die kommerziellen Hintermänner und die Auflageziffern vor Augen geführt. Es stellte ein Glanzstück minutiöser Erforschung auswärtiger Geheimpolitik dar, als es Lindau gelang, die Beziehungen der fremden Botschaften in Paris zu Journalisten der Hauptstadt zu entschleiern und Hohenlohe bzw. Bismarck einen detaillierten Überblick über die Einwirkung fremder Mächte auf die Pariser Presse zu vermitteln. Mit seinen jährlichen Übersichten über den – je nach Regierungswechsel – sich ändernden politischen Standort der Blätter der Hauptstadt, schuf der neue Presseattaché ein Exempel;<sup>46</sup> es wurde allerdings von den anderen preußischen Missionen kaum mit solcher Sachkenntnis befolgt.

Diese Bemühungen Lindaus müssen wir mit dem Versuch Bismarcks in Verbindung bringen, ein anderes System der publizistischen Einwirkung auf die ausländische Presse zu finden. Bis in die Reichsgründungszeit hinein hatte sich der Kanzler in Paris, Budapest, London oder Petersburg damit begnügt, über die Gesandtschaften und deren Agenten Verbindungen mit Redaktionen in den fremden Hauptstädten anknüpfen zu lassen. Von Fall zu Fall wurden auf diesem Wege Direktiven für die gewünschte Einflußnahme auf die ausländische Presse von Bismarck und seinen Mitarbeitern gegeben, die Anfertigung der Artikel und ihre Plazierung am rechten Ort in der hierfür am besten geeigneten Zeitung meist den geschäftserfahrenen Mittelsmännern wie Dr. Bamberg oder Julius Froebel überlassen. Die Schwäche dieses Systems lag in der Abhängigkeit von den Mitteilungen der Agenten, deren Glaubwürdigkeit immer häufiger bezweifelt wurde. Durch die regelmäßige und subtile Presseberichterstattung Rudolf Lindaus erhielten Hohenlohe und Bismarck die Chance, mit entsprechenden Informationen auf die Artikel französischer Blätter mit größter Sachkenntnis einzugehen. Da Lindau auch das System der offiziellen Pressebearbeitung seitens der Pariser Regierung auskundschaftete, dürfen wir annehmen, daß der Reichskanzler sich künftig nach solchen Vorbildern orientierte.<sup>47</sup> Wir werden

<sup>45</sup> E. NAUJOKS, Rudolf Lindau und die Neuorientierung der auswärtigen Pressepolitik Bismarcks, S. 317.

<sup>46</sup> Ebd. S. 318–338.

<sup>47</sup> Ebd. S. 342–344.

sehen, in welchem Maße der Reichsgründer in den 80er Jahren nach der Berufung Lindaus an das Auswärtige Amt von diesem System detaillierter Presseberichterstattung Gebrauch macht.

Die vor dem Abschluß stehende Untersuchung der pressepolitischen Einwirkung Bismarcks bzw. Lindaus von Heinz-Alfred Pohl<sup>48</sup> illustriert – auch aufgrund von Papieren der Pariser Botschaft –, mit welcher subtilen Methoden die deutsche Diplomatie auf die französische Innenpolitik Einfluß zu nehmen suchte. Die einschlägigen Teile des umfangreichen Nachlasses von Hohenlohe-Schillingsfürst gaben dem Verfasser die Chance, manche unterirdischen Verbindungen der deutschen Botschaft zu Journalisten der Hauptstadt aufzuspüren. Wir können immer wieder verfolgen, wie die deutsche Politik den monarchistisch-klerikalen Versuchen einer Restauration des Bourbonenkönigs entgegenwirkte und wie Lindau – Hohenlohe nach dem Mai 1876 und dem Staatsstreichversuch MacMahons die Partei des gemäßigten Republikanismus in Frankreich unterstützten.<sup>49</sup> Trotz mehrerer Arbeiten über die französische und deutsche Journalistik und deren Auseinandersetzung fehlt für die 80er Jahre noch eine entsprechende Studie solcher subsidiärer auswärtiger Pressepolitik des Reichs gegenüber seinem westlichen Nachbarn.

Auf der anderen Seite hat Jochen Grube<sup>50</sup> in seiner Studie über Bismarcks Annäherung an Frankreich und die Pariser Presse für die erste Hälfte der 80er Jahre gezeigt, mit welcher Sorge und Skepsis die Journalisten der französischen Hauptstadt dem *approche*ment des Reichskanzlers und seinem Versuch, Frankreich und Großbritannien zu trennen, entgegensahen. Auch Grube machte eine ähnliche Erfahrung wie Radewahn, als er feststellte, daß die Akten über die Pressepolitik des französischen Außenministers Jules Ferry vernichtet worden waren. Umso wertvoller war es auch in diesem Fall, die Dossiers der Pariser Polizeipräfektur über die politische Stellung der hauptstädtischen Journale auszuwerten und von hier aus wenigstens andeutungsweise die offiziöse Einflußnahme seitens der Regierung, daneben auch die Stimmen der unabhängigen Presse zu Wort kommen zu lassen. Durch die Untersuchung über die parlamentarische Diskussion des neuen französischen Pressegesetzes aus dem Jahre 1881 wurde auch Einblick in die Liberalisierung der französischen Pressegesetzgebung seit der Ära MacMahon gegeben.

Sensationell wirkt auch noch heute auf uns der Versuch der deutschen Seite, durch Erwerb der Aktien der Agence Havas unmittelbar Einfluß auf die Berichterstattung der französischen Zeitungen zu nehmen.<sup>51</sup> Daß dieses Finanzmanöver nicht zum beabsichtigten Erfolg führen konnte, war bei der mißtrauischen Wachsamkeit der Franzosen gegenüber deutschen Einflüssen verständlich.

<sup>48</sup> H.-A. POHL, Bismarcks Einflußnahme auf die Staatsform in Frankreich 1871–1879.

<sup>49</sup> Vgl. E. NAUJOKS, Rudolf Lindau, S. 337 f.

<sup>50</sup> J. GRUBE, Bismarcks Politik in Europa und Übersee. Seine »Annäherung« an Frankreich im Urteil der Pariser Presse (1883–1885), Frankfurt 1975 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 53).

<sup>51</sup> Ebd. S. 48 ff.

Bevor wir uns der bisher unbekanntem, aber unverkennbar gesteigerten Einflußnahme des Kanzlers auf die deutsche und auswärtige Presse in den 80er Jahren zuwenden, ist es angebracht, eine besonders gründliche und ergebnisreiche zeitungswissenschaftliche Dissertation von Claus-Dieter Möhrke<sup>52</sup> aus dem Jahre 1954 über die orientalische Krisis und die deutsche öffentliche Meinung (1875–79) zu würdigen. Durch eine umfassende Auswertung von etwa 15 deutschen Tageszeitungen und Zeitschriften aller politischen Richtungen hat der Verfasser ein breites Spektrum außenpolitischer Berichterstattung und der damaligen Meinungsvielfalt zur Anschauung gebracht. Offizielle Organe wie Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Die Post oder die Kölnische Zeitung, aber auch die maßgeblichen Parteiblätter der Konservativen, des Zentrums, der Liberalen und der Sozialdemokratie, sind von Möhrke über ihre Meldungen und Ansichten über die Ereignisse auf dem Balkan befragt worden. Die Memoirenliteratur, die Aktenbände über die »Große Politik der europäischen Kabinette« und das einschlägige wissenschaftliche Schrifttum sind in einem solchen Maße herangezogen und ausgewertet worden, daß diese Studie in ihrer Art vorbildlich und praktisch konkurrenzlos für ihre Zeit dasteht.

Allerdings können wir nur die offiziöse Berichterstattung der Regierungsblätter, nicht die Ziele und Erwägungen Bismarcks als solche diesem gedruckten Material entnehmen.

#### V. Lindau und die offiziöse Pressewirkung im Rahmen von Bismarcks Bündnispolitik

Wenn wir Bismarcks pressepolitische Intentionen selbst mit größtmöglicher Sicherheit kennenlernen wollen, bleibt doch nur der Weg, die Akten des Auswärtigen Amtes und die Korrespondenzen des Friedrichsruher Archivs zu Rate zu ziehen. Vor allem gab es genügend Indizien, daß der Reichsgründer seit dem Bruch mit den Liberalen im Jahre 1878, vielleicht schon früher, eine schrittweise Umorientierung seiner Pressepolitik vorgenommen hatte. Ausschlaggebend jedoch für den Entschluß, für die 80er Jahre einen zweiten Rundgang durch die amtliche Pressewirkung der Reichsregierung auf die auswärtige Presse vorzunehmen, waren Funde aus dem Bismarckarchiv, vor allem Pressedirektiven<sup>53</sup> und entsprechende Korrespondenzen mit Herbert von Bismarck und von Rantzau bzw. Rudolf Lindau. Diese längeren oder kurzen Anweisungen für die Regierungspresse und Artikelentwürfe waren zwar von Bismarcks Sohn oder seinem Schwiegersohn niedergeschrieben, aber ausdrücklich als Diktate des Reichskanzlers ausgefertigt. Es handelte sich zwar nicht wie bei Moritz Busch in seinen sog. »Tagebuchblättern« um wörtlich genaue stenographische Nachschriften, aber doch um Direktiven, die vor allem in stilistischer Hinsicht verbessert worden waren.<sup>54</sup> Die Zahl dieser bisher unbekanntem Konzepte ist allein schon groß genug, um uns auf eine neuartige, bisher nicht bekannte Einwirkungsweise

<sup>52</sup> Cl.-D. MÖHRKE, Deutsche Presse und öffentliches Meinen während der Orientalischen Krisis 1875/1879, Diss. (Ms.), Münster 1954.

<sup>53</sup> Pol. Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, Bismarcks Pressedirektiven 1881–1890.

<sup>54</sup> E. NAUJOKS, Bismarck in den Wahlkampagnen von 1879 und 1881, S. 267 f.

Bismarcks auf die öffentliche Meinung hinzuweisen. Besonders nachdenklich stimmt jedoch, daß ein Großteil dieser Konzepte mit Blaustift den Vermerk: *Brandfach* trägt. Wir dürfen daraus schließen, daß diese Niederschriften – aus Gründen der Geheimhaltung – zur Vernichtung bestimmt waren und uns nur zufällig erhalten worden sind. Wie viele entsprechende Papiere analogen Inhalts verbrannt worden sind, läßt sich heute nicht mehr feststellen.

Aber auch von einer anderen Seite her finden wir die Bestätigung, daß Bismarck eine neue Methode der Pressebeeinflussung etwa seit Beginn der 80er Jahre gewählt hat. Wir stoßen nämlich in den Akten des Auswärtigen Amts über die Beziehungen des Deutschen Reichs zu den benachbarten Großmächten, aber auch in den Papieren des Friedrichsruher Archivs auf zahlreiche Presseberichte Rudolf Lindaus, der im Herbst 1878 von der deutschen Botschaft in Paris in die Wilhelmstraße berufen worden war, und sich schließlich als Legationsrat – offenbar nicht gerade leicht – in die Arbeit der Politischen Abteilung eingewöhnte. Er hatte, wie es seine Ausarbeitungen dokumentieren, vom Kanzler den Auftrag erhalten, wichtige Aufsätze, vor allem aus der westeuropäischen Presse, auszuschneiden, diese zu analysieren und detailliert Auskunft über Bedeutung, politische Stellung und Verbindungen des jeweiligen Blattes mit der heimischen Regierung zu erteilen. Obwohl Bismarck selbst täglich eine größere Zahl von Zeitungen las, hatte er zugegeben, daß es ihm nicht mehr möglich sei, den jeweiligen Standort ausländischer und zum Teil auch inländischer Journale genau genug zu kennen.<sup>55</sup> Lindaus detaillierte Presseberichte über einen Artikel oder wenige Aufsätze und die hierzu gehörigen Auskünfte über die entsprechenden Redaktionen sollten den Kanzler in den Stand setzen, wichtige ausländische Zeitungsartikel aufgrund von Lindaus Informationen zu beantworten oder Pressekampagnen einzuleiten.

Aus Lindaus Tätigkeit als Presseattaché an der deutschen Botschaft in Paris können wir entnehmen, wie er sich durch seine damalige Kommentierung der Pariser Pressevorgänge für die neue Arbeit im Auswärtigen Amt qualifiziert hatte. In welcher Schärfe die bisherigen älteren Mitarbeiter Bismarcks in der Politischen Abteilung – mit Ausnahme Holsteins – den vom Kanzler bevorzugten Neuankömmling attackierten, geht aus manchen Aktenstücken dieser Jahre hervor.<sup>56</sup> Auch Herbert von Bismarck scheint sich, – vielleicht im Hinblick auf Lindaus Beziehungen zu Bleichröder<sup>57</sup> – der Kritik an dem neuen »Pressegeneral« angeschlossen zu haben. Man warf Lindau in der Wilhelmstraße vor, daß er den Aktenstil und die politische Arbeit nicht sicher genug beherrsche und zu viel Zeit auf seine persönliche schriftstellerische Arbeit verwende.<sup>58</sup> Aus den Korrespondenzen des Friedrichsruher Archivs läßt sich jedoch ent-

<sup>55</sup> Ebd. S. 254 ff.

<sup>56</sup> Ebd. S. 274 ff.; als Beispiel unter vielen vgl.: Bernhard von Bülow an Holstein, Paris, 1. 3. 1884, in: Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins, hg. v. N. RICH und M. H. FISHER, Deutsche Ausgabe von W. FRAUENDIENST, Bd. III (Briefwechsel), Göttingen-Berlin-Frankfurt 1961, S. 94.

<sup>57</sup> F. STERN, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, dt. v. O. Weith, Frankfurt/Main-Berlin 1978, S. 297.

<sup>58</sup> E. NAUJOKS, Rudolf Lindau und die Neuorientierung, S. 300 f. u. S. 324.

nehmen, wie sorgfältig Lindau die Presse der Regierung und vor allem den Erfolg der Publizistik der Wilhelmstraße überwachte und das System von Entgegnungen und Dementis organisierte. Dem Text solcher – der Vernichtung entgangener – Briefe entnehmen wir, daß der neue »Pressegeneral« eine Fülle von Artikeln selbst verfaßte.<sup>59</sup>

Aus diesen Entdeckungen und Verhältnissen resultierte der Plan, Bismarcks Bündnispolitik und damit in Verbindung stehende Presseeinwirkung für die 80er Jahre bis zu seinem Sturz darzustellen. Angesichts des Zeitraums, der Vielfalt diplomatischer Beziehungen zwischen 1879 bis 1890 und des Fehlens eines so öffentlich diskutierten Vorgangs wie der Vorbereitung der kleindeutschen Reichsgründung, galt es anders vorzugehen als bei dem Buch: »Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865/71)«. <sup>60</sup> Der Inhalt zahlreicher Pressedirektiven dokumentierte zugleich, in welchem Maße der Reichsgründer auf die innenpolitischen Verhältnisse und die Verschlechterung der eigenen parlamentarischen Position im Reichstag Rücksicht bzw. auf diese Schwierigkeiten auch bei außenpolitischen Artikelentwürfen Bezug nahm.

Schließlich erwies es sich als unumgänglich, durch speziellere Arbeiten das Gesamtwerk zu entlasten. Die Studien von Jochen Grube<sup>61</sup> und Alfred Pohl<sup>62</sup> bedeuteten eine gewisse Vorarbeit. Vor allem hat jedoch die Dissertation von Helma Hink<sup>63</sup> über Bismarcks auswärtige Pressepolitik in der Bulgarischen Krise einen oder – wenn man will – den Brennpunkt von Bismarcks amtlicher Publizistik seit der Mitte der 80er Jahre – für sich bearbeitet und ein wertvolles Teilergebnis für das Werk über Bismarcks Bündnisystem und Öffentlichkeit (1879–90) geliefert.<sup>64</sup> Schon in dieser vielbeachteten Studie wurde deutlich, in welchem Umfang der Reichsgründer trotz versuchter strengster Geheimhaltung diplomatischer Verhandlungen publizistisch für die Behauptung seines Bündnisystems eintreten mußte. Wir können zugleich verfolgen, daß der Kanzler auf die Vorstöße großer ausländischer Zeitungen und die Kritik der Opposition in den Parlamenten der verbündeten Mächte zu achten hatte. Nicht zuletzt galt es für ihn, das Interesse des deutschen Reichstags und der deutschen Öffentlichkeit an seiner Außenpolitik in die ihm erwünschte Richtung zu lenken. Wieweit die Zusammenarbeit mit den Dreibundpartnern und deren Presse im Dienste des monarchischen Gedankens und damit zugleich unter dem Zwang besonderer Geheimhaltung stand, war schon bei Helma Hink erkennbar gewesen.

Es wird sich für dieses Werk über Bündnisystem und Öffentlichkeit darum handeln, vom Sommer 1879 an die spezifischen – auch innerpolitischen –

<sup>59</sup> E. NAUJOKS, Bismarck in den Wahlkampagnen von 1879 und 1881, S. 275 passim.

<sup>60</sup> E. NAUJOKS, Bismarcks auswärtige Pressepolitik (wie Anm. 14).

<sup>61</sup> Vgl. J. GRUBE, Bismarcks Politik in Europa und Übersee (wie Anm. 50).

<sup>62</sup> H.-A. POHL, Bismarcks Einflußnahme auf die Staatsform in Frankreich.

<sup>63</sup> H. HINK, Bismarcks Pressepolitik in der Bulgarischen Krise und der Zusammenbruch seiner Regierungspresse (1885–1890), Frankfurt 1977 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 70).

<sup>64</sup> E. NAUJOKS, (vorläufiger Titel: »Bismarcks Bündnisystem und die Öffentlichkeit (1879–90)«).

Voraussetzungen der außenpolitischen Abkommen des Reichs zu beleuchten und auf der anderen Seite das Problem der Bedrohung des Dreibunds bzw. des Dreikaiserabkommens aufgrund neugewonnener Einsichten neu zu formulieren. Es gehört zur publizistischen Stützung der Stellung des Reichs im Geflecht der Bündnisbeziehungen, daß der Reichsgründer auch auf verborgenen Wegen auf österreichische und italienische Zeitungen Einfluß nahm und auf der anderen Seite dem ständigen Bohren unabhängiger Zeitungen bei Diplomatentreffen und Monarchenbegegnungen nach dem Zweck solcher Zusammenkünfte mit entsprechenden Dementis oder Direktiven entgegentrat.

Auch diesmal muß – wie für die Epoche der Reichsgründungszeit – die Beobachtung der auswärtigen Zeitungen und des jeweiligen offiziellen Presseapparats in Paris oder Petersburg im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Gleichzeitig wird sich jedoch erweisen, wie sehr sich die äußeren Bedingungen im Sinne einer ausgedehnteren Pressefreiheit in den meisten europäischen Staaten geändert hatten. Die Journale der französischen Republik und die führenden Organe des Zarenreiches in Petersburg und Moskau hatten eine andere Stellung und eine andere Bedeutung erlangt. Nicht zuletzt kam auch den Wirkungen der britischen Außenpolitik auf die Balkanfragen und auf Bismarcks Bündnisprobleme ein eigenes Gewicht zu. Über die deutsch-französischen Pressebeziehungen im Zeichen von Boulanger's Aufstieg und des Dauerkriegs zwischen russischen, preußischen und österreichischen Blättern kann einiges Neue zur Klärung des Sachverhalts beigetragen werden.

Eine wichtige Frage stellt die Kritik der deutschen Zeitschriften und Zeitungen an der Bismarckschen Außenpolitik dar. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß durch die Geheimhaltung diplomatischer Vorgänge der Öffentlichkeit wesentliche Voraussetzungen und Tatsachen des Bündnissystems vorenthalten wurden. Eine Analyse der deutschen politischen Zeitschriften bzw. Revuen der 80er Jahre<sup>65</sup> demonstriert jedoch, wieweit – durch zum Teil noch unbekannte Kanäle – die Öffentlichkeit dennoch informiert war. Wir werden sehen, wie gerade den offiziellen Organen der Berliner Regierung hierbei die besondere Aufgabe zukam, trotz aller Pflicht der Geheimhaltung, das Bündnisssystem so weit ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, daß es bei der Bevölkerung der Bündnispartner den erforderlichen Rückhalt besaß.

## VI. Bündnisssystem und Reichstag

Einen nicht uninteressanten Beitrag zur Öffentlichkeit des Bismarckschen Bündnisystems bietet das außenpolitische Interesse des deutschen Reichstags in der späteren Amtszeit. Wir wissen aus einer Studie über die 70er Jahre,<sup>66</sup> wie begrenzt das Ergebnis parlamentarischer Interpellationen und Kritiken prominenter Abgeordneter an den diplomatischen Vorgängen geblieben war. Da jedoch der Anspruch auf Information wenigstens nicht grundsätzlich seitens

<sup>65</sup> Ich stütze mich hierbei auf zwei Zulassungsarbeiten von Fr. HERZOG bzw. Br. NAGEL über die deutschen politischen Zeitschriften und ihre außenpolitische Berichterstattung in den 80er Jahren.

<sup>66</sup> D. ALBERS, Reichstag und Außenpolitik, Diss. Breslau 1927.

der Opposition aufgegeben wurde, erhalten wir genügend Einblick in die Rolle, die Bismarcks Bündnispolitik für das Bewußtsein der Abgeordneten bzw. der deutschen Bevölkerung überhaupt besaß. Gelegentliche außenpolitische Debatten – gewissermaßen als verbotene Frucht – bieten neben seltenen direkten Angriffen aus der Reihe der Fraktionen eine aufschlußreiche Ergänzung zur strikten Geheimhaltung diplomatischer Verhandlungen. Umso bemerkenswerter bleibt der Ausnahmefall, wenn Bismarck die Unterstützung des Parlaments für kolonialpolitische Forderungen gegenüber Großbritannien suchte.

Nachdem in den letzten Jahren die Bismarcksche Außenpolitik einer erneuten kritischen Würdigung unterworfen worden ist,<sup>67</sup> kann die Betrachtung: »Bündnissystem und Öffentlichkeit« dazu dienen, mit Hilfe der offiziellen und ausländischen Publizistik einen unmittelbaren Bezug zu den gleichzeitigen diplomatischen Vorgängen herzustellen. Die Einwirkung der zeitgeschichtlichen Vorgänge, die spezifischen Sorgen der Staatsmänner und der Erwartungshorizont der deutschen Politik werden deutlicher sichtbar gemacht und zum Verständnis einiger Parteien der Bündnispolitik des Reichsgründers einen Beitrag leisten.

Selbstverständlich wird hervorgehoben werden, mit welchen Mitteln auf der einen Seite strengste Geheimhaltung gewahrt wurde, um auf der anderen Seite zu demonstrieren, wieweit man die Neugier der Journalisten befriedigte oder sie womöglich in falsche Bahnen lenkte. Es bleibt das Ziel, Organisations- und Informationsnetz des Bismarckschen Bündnissystems mit seinen Stützpunkten und Informationsquellen in der diplomatischen Arbeit vor Augen zu führen. Die Frage wird sich von selbst stellen, welches Gewicht diese bisher nahezu unbekannte oder vergessene pressepolitische Wirksamkeit des Reichsgründers bzw. der anderen Mächte besessen hat. Weiter ins Detail zu gehen, ist noch unangebracht.

## VII. Resümee zu den neueren Forschungsergebnissen

Bei dieser Würdigung des bisher auf pressepolitischem Gebiet Erreichten konnte verfolgt werden, in welchem Maße man vor allem in den letzten Jahrzehnten über die Diskussion der bloßen Existenz offiziöser Publizistik und der dazugehörigen Pressebüros hinausgekommen ist. Es stehen jetzt die Verwendung und Interpretation der zahlreichen Presseberichte, – direktiven oder Zahlungsanweisungen an Redaktionen zur Diskussion, aber auch die Frage der Pressebudgets bzw. Geheimfonds. Von Fall zu Fall glückt es, der entsprechenden Gegenwirkung ausländischer Pressebüros auf die Spur zu kommen und womöglich Einsicht in einen gegnerischen Presseapparat und dessen Verbindungen zu erlangen. Gelingt es, bei solchen Recherchen auch die politischen Absichten auswärtiger Mächte zu erkennen, so gewinnen diese Resultate in Verbindung mit den diplomatischen Verhandlungen eigenes Gewicht. Manchmal bieten die Presseberichte auch Antwort auf die Frage, wieweit sich in der Öffentlichkeit des anderen Volkes gefährliche oder erfreuliche Kräfte abzeichneten, mit denen die Reichsregierung unter Umständen zu rechnen haben werde. Wir sehen aus den politi-

<sup>67</sup> A. HILLGRUBER, *Bismarcks Außenpolitik*, Freiburg 1972.

schen Erlassen dieser Zeit, daß man die Presse als politisches Barometer und womöglich als Fingerzeig für die Zukunft gelegentlich nutzte. Selbstverständlich blieb man sich der Wandelbarkeit und der Steuerbarkeit der Journale jederzeit bewußt.

Eine dem Abschluß entgegenstehende Untersuchung befaßt sich mit dem wesentlich gesteigerten publizistischen Einsatz der Regierungspresse seit Ende der 70er Jahre.<sup>68</sup> Hierbei wird deutlich werden, welche Funktion der vermehrten Einwirkung der offiziösen Zeitungen bei den für den Reichsgründer ungünstigen parlamentarischen Verhältnissen seit seiner Abwendung von den liberalen Parteien zukam. Am Beispiel zahlreicher Artikelentwürfe des Kanzlers bzw. wichtiger Direktiven bestätigt sich, wie oft derselbe auch im Bereich außenpolitischer Zusammenhänge auf die innerdeutschen Parteiverhältnisse zu sprechen kam. In Bismarcks auswärtiger Pressepolitik ergibt sich also von Fall zu Fall ein Zusammenhang mit der zeitgenössischen Innenpolitik.

Wir fragen abschließend: Ist mit diesen oben angeführten Arbeiten bereits ein Abschluß der Erforschung von Bismarcks Pressepolitik erreicht worden? Wir konnten nicht auf die Einzelergebnisse näher eingehen, konstatieren jedoch, daß viele Bereiche der offiziösen Publizistik ans Tageslicht gerückt worden sind und daß vermehrte Ansatzpunkte zur Beurteilung politischer und publizistischer Vorgänge aus diesen Arbeiten sich ergeben. Nicht zuletzt werden zahlreiche Leitlinien der Presseüberwachung und die Erfahrungen der Wilhelmstraße mit der gesamten Regierungspublizistik erkennbar. Wieweit durch Spezialstudien über die außenpolitische und innenpolitische Berichterstattung der Regierungsblätter<sup>69</sup> eine vermehrte Transparenz der offiziösen Pressepolitik erreicht wird, kann noch nicht abgesehen werden. Sicherlich sind die großen ›weißen‹ Flächen kleiner, aber vielleicht auch häufiger geworden. Vielleicht reizt der Modellfall der systematischen Erforschung von Bismarcks fast 30-jähriger Pressepolitik zur Erhellung anderer, auswärtiger vergleichbarer Fälle.

#### VIII. Vergleich mit den ersten Ergebnissen über Bülow's Pressepolitik

Einzelne glückliche Funde, wie etwa der von Helma Hink bei ihrer Untersuchung über die Bulgarische Krise<sup>70</sup> haben auch allgemeinpolitische Vorgänge von eigenem Wert entschleiern helfen. Aus dem Briefwechsel des Grafen Waldersee mit Major Zorn wurde die schrittweise Entmachtung Bismarcks durch die Intrigen des damaligen Generalstabschefs sichtbar gemacht. Es stellt ein bemerkenswertes Resultat dar, daß wir heute wissen, wie wenig Bismarck in der letzten Zeit vor seiner Entlassung über die offiziösen Organe der Regierung, selbst die Norddeutsche Allgemeine Zeitung frei verfügen konnte.<sup>71</sup>

Von hier aus stellt sich abschließend die Frage, unter welchen Nachfolgern Bismarcks eine vergleichbare Pressepolitik in großem Maßstabe getrieben wurde?

<sup>68</sup> R. SCHWARZ, Die außenpolitische Berichterstattung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

<sup>69</sup> S. a. Anm. 68.

<sup>70</sup> H. HINK, Bismarcks Pressepolitik in der Bulgarischen Krise (wie Anm. 63).

<sup>71</sup> Ebd. S. 147–166.

Aufgrund der Arbeit von Heinz-Alfred Gemeinhardt<sup>72</sup> über die Bosnische Annexionskrise von 1908/9 scheint dies für Bernhard von Bülow zuzutreffen. Zusammen mit einer weiteren pressepolitischen Studie<sup>73</sup> ergibt sich als Resultat, daß schon im Zeichen der deutschen Weltpolitik und zu Beginn der Ära Bülow die deutschen Zeitungen in weit größerem Maßstab als in der Bismarckzeit für die Ziele der Regierung eingesetzt wurden. Vor allem scheint der Anteil des dritten Nachfolgers Bismarcks an der amtlichen Pressepolitik den von Otto Hamman noch zu übertreffen. Zumindest steht fest, daß trotz Auflösung des Welfenfonds im Jahre 1891 der finanzielle Aufwand für offiziöse Presseausgaben sich nicht verringerte und vor allem seit den Jahren 1905/6 sich sogar wesentlich steigerte. Von hier aus ergibt sich die naheliegende Konsequenz, daß der willkürliche Einzelgang der Bismarckschen Pressepolitik mit weit geringerem amtlichem Apparat von Fall zu Fall kaum weniger wirksam gewesen ist als die breite Einwirkung auf die öffentliche Meinung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Allerdings hat der Reichsgründer im Gegensatz zu Bernhard von Bülow es vermieden, eine Übereinstimmung seiner Pressepolitik mit der sog. »öffentlichen Meinung« seines Volkes und seiner Zeit zu erzielen.<sup>74</sup> Ob deshalb die Entdeckungen im Bereich von Bismarcks Pressestrategie überraschender und gewichtiger sind als bei seinem Nachfolger, läßt sich zur Zeit noch nicht sicher erschließen. Erst bei einem eingehenderen Studium der hier zitierten Arbeiten kann das volle Gewicht dieser speziellen Forschungen dem Leser zu Bewußtsein kommen. Verstärkt würde der Eindruck – auch für ein breiteres Publikum –, wenn es gelänge, die wichtigsten Presseakten auf dem Wege der Publikation der Öffentlichkeit und der Forschung zugänglich zu machen. Ein altes Desiderat der Bismarckforschung<sup>75</sup> würde damit erfüllt.

<sup>72</sup> H.-A. GEMEINHARDT, Die deutsche und österreichische Pressepolitik in der Bosnischen Annexionskrise (1908/09) (Ms.).

<sup>73</sup> M. WIELAND, Bülows auswärtige Pressepolitik in der Frühphase seiner Weltpolitik (1899–1903) (Ms.).

<sup>74</sup> Vgl. E. NAUJOKS, Bismarck und die Organisation der Regierungspresse, S. 77 f.

<sup>75</sup> W. ANDREAS, Einleitung zur Herausgabe der Gespräche Bismarcks in: O. v. BISMARCK, Die Gesammelten Werke, 7. Bd., S. XVII: Es habe »mit den Pressedikaten an Moritz Busch, da sie nicht als eigentliche Gespräche gelten können, sondern amtlich richtunggebende Äußerungen besonderer Art sind«, – wegen der Aufnahme in die Ausgabe eine besondere Bewandnis. »Natürlich fielen aber unter diese Gattung nicht solche vertrauliche Mitteilungen, die Bismarck Busch gegenüber in der sicheren Erwartung und mit dem Wunsche tat, daß jener sie schriftstellerisch verwenden möge, obwohl er dazu keinen unmittelbaren Auftrag gab«. Bemerkenswert bleibt der Hinweis von Willi Andreas: »Im übrigen wird Bismarcks Verhältnis zur Presse ja im Rahmen seiner Gesammelten Werke eine besondere Bearbeitung finden.«